

# Der teuerste Skandal der Schweiz

Erst sprach man von 85 Millionen Franken jährlich. Dann schätzte man den Steuerausfall gesamthaft auf einen «einstelligen Milliardenbetrag». Dann auf 8 Milliarden. Laut neuesten Schätzungen sind es 47 Milliarden.

Dies sind die Zahlen im wahrscheinlich grössten und sicher teuersten Skandal in der Geschichte der Schweiz: der Unternehmenssteuerreform II. Anfangs sah alles nach einer weitgehend symbolischen Vorlage aus. Im Abstimmungskampf 2008 sagte der damalige Finanzminister Hans-Rudolf Merz: «Es ist Zeit, etwas für die kleinen Unternehmen zu tun - für Maler, Apotheker, Garagisten, Floristen, Metzger und, und, und.»

Der Abstimmungskampf war hart. Am Ende nahm das Volk die Vorlage äusserst knapp an: mit 50,5 Prozent Ja-Stimmen. Das wichtigste Argument von Hans-Rudolf Merz waren die geringen Kosten. Und dass er diesmal etwas zur Entlastung der kleinen Leute tue. Er sagte: «Keine Steuergeschenke für Grossaktionäre.»

## Niemand hat es gemerkt

Doch genau darum ging es. Im Kleingedruckten der Reform fand sich eine Systemänderung im Steuerrecht, die nur die Steueranwälte verstanden. Aber nicht die Politiker. Sie erlaubte es Firmen, Grossaktionären Dividenden steuerfrei auszuschütten, solange sie aus den Kapitalreserven bezahlt wurden.

Bis heute ist nicht klar, ob Merz wusste, was er tat. Es passte in seine Politik, die Steuerreduktionen für Vermögende förderte. Und Sparprogramme für den Rest.

Auf jeden Fall schuf sein Gesetz ein gigantisches Steuerschlupfloch. Eines, das den Bund auf Jahre hinaus mindestens 400 bis 600 Millionen Einnahmen im Jahr kostet.

Zwei SP-Parlamentarier klagten vor Bundesgericht. Dieses kritisierte letzten Dezember den Bundesrat so hart wie noch nie: Die Regierung habe die Stimmbürger «hinters Licht geführt». Von einer Wiederholung der Abstimmung sah das Gericht aber ab - aus Gründen der Rechtssicherheit.

Einen Tag nach dem Urteil stimmte der Nationalrat ab. Er hatte die Chance, das Loch wenigstens teilweise zu schliessen. Die bürgerliche Mehrheit von FDP, SVP und Teilen der CVP, BDP und Grünliberalen lehnten jede Korrektur ab. Egal, was die Mehrheit ihrer Wähler dazu sagte.

Stimmt die neueste Schätzung, so heisst das: Für jeden Hunderter, den



kleine und mittlere Unternehmen jetzt pro Jahr weniger Steuern zahlen, sparen die Grossaktionäre 55 294 Franken. Für kleine Geschäftsleute war die Unternehmenssteuerreform das schlechteste Geschäft ihres Lebens.

## Noch mehr für sehr Reiche

Das passt durchaus in den Trend der Schweizer Politik: In den Boomjahren von 1997 bis 2007 stiegen die kleinen und mittleren Saläre nur um 4 Prozent; die obersten um 20. Die 4 Prozent Gewinn wurden jedoch von den Steuern weggefressen. Zwar wurden Steuern gesenkt: aber nur die direkten, die vor allem hohe Einkommen betreffen. Dafür stiegen die indirekten Steuern, Gebühren und Krankenkassenprämien. Also die, die für alle gleich teuer sind.

Das Resultat? Das reichste Hundertstel steigerte seinen Anteil am Gesamtvermögen um 13 Prozent. Alle anderen

Schichten verloren. Drei Viertel des Vermögens gehören heute den obersten 10 Prozent.

## Empörter Minister Merz

Bundesrat Hans-Rudolf Merz trat im Dezember 2010 zurück. Etwas später gab er ein Interview. Er fand die Vorwürfe wegen der Unternehmenssteuerreform «abscheulich». Er habe immer «transparent informiert».

Nun, nach den neuesten Schätzungen der Steuerausfälle, wollen der CVP-Mann Pirmin Bischof und die SP-Frau Margret Kiener Nellen die Sache noch einmal in den Nationalrat bringen. Wer letzten Herbst FDP, CVP, SVP, BDP oder GLP gewählt hat und nicht Multimillionär, sondern Maler, Apotheker, Garagist, Florist oder Metzger ist, sollte seine Parlamentarier dabei im Auge behalten.

Auf wessen Seite stehen sie?